

Diakonischer Arbeitskreis für Gerechtigkeit und Solidarität (DAGS)

Konvent der Brüder- und Schwesternschaft
des Rauhen Hauses Hamburg



Informationsblatt des Arbeitskreises (18. Jahrgang, Nr. 11. November 2024)
besuchen Sie uns auch im Internet unter www.dags-konvent.de

Wenn wir einmal nicht grausam sind, dann glauben wir gleich, wir seien gut.

Kurt Tucholsky (1890-19235), deutscher Schriftsteller

Bischöfin Fehrs: „Humanität hat in unserem Land die Mehrheit“ Amtierende Ratsvorsitzende besucht Flüchtlingsinitiative „Hoffungsgrund“ in Sandesneben

Die amtierende Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Bischöfin Kirsten Fehrs, hat zu mehr Besonnenheit und Verständigung in der aktuellen politischen Debatte um Flucht und Migration aufgerufen. In einer Demokratie sei es notwendig, unterschiedliche Positionen kontrovers zu diskutieren, um zu Lösungen zu kommen. Dabei müsse aber die Menschlichkeit im Mittelpunkt bleiben. „In unseren Gesprächen mit Geflüchteten erfahren wir, wie sehr die derzeitige Debatte über Abschottung und Abschiebung Menschen, die bei uns leben, persönlich kränkt und verletzt“, sagte Bischöfin Fehrs nach einem Besuch der Flüchtlingsinitiative „Hoffungsgrund“ im schleswig-holsteinischen Sandesneben. Nach den Terrorangriffen von Solingen und Mannheim beobachte sie eine zunehmende Polarisierung. „Solche Verbrechen sind entsetzlich und müssen unbedingt verhindert werden. Es kann aber nicht sein, dass die Folie dschihadistischer Fanatiker auf alle gelegt werde, die bei uns Schutz suchen“, so Bischöfin Fehrs. Allzu leicht würden Menschen einfach in Schubladen gesteckt. „Schubladen macht man zu und dann bleibt es dunkel. Ich möchte, dass wir hinschauen. Auch auf die Probleme, vor allem aber auf die Chancen, die wir gemeinsam in unserem Land haben“, so Bischöfin Fehrs. „Wir haben so viel zu teilen. Zu geben und zu nehmen.“

Bei ihrem Besuch in Sandesneben bekräftigte die amtierende EKD-Ratsvorsitzende auch noch einmal die klare Haltung der Kirchen zum Kirchenasyl. „Diese Jahrhunderte alte Tradition erinnert uns daran, barmherzig zu sein, mitmenschlich zu handeln, gefährdete, bedrohte, schwache Menschen zu schützen. Deshalb gewähren unsere Gemeinden in Härtefällen das Kirchenasyl – immer aus guten Gründen und nach sorgfältiger Prüfung. Davon werden wir nicht lassen.“

Der Verein „Hoffungsgrund“ setzt sich seit zehn Jahren für Geflüchtete in der Region Lauenburg ein.

Kennzeichnend für die Initiative ist, dass sich Ehrenamtliche gemeinsam mit Vertreter*innen von Kirche, Kommune und Schule aus 25 Gemeinden um Hilfsangebote für Geflüchtete kümmern. Die amtierende Ratsvorsitzende würdigte den Verein als einen „im besten Sinne gelungenen Hoffungs- und Verständigungsort.“ Um Menschen mit verschiedenen Hintergründen und Überzeugungen miteinander ins Gespräch zu bringen, haben Diakonie und EKD die Dialog-Initiative #Verständigungsorte ins Leben gerufen. „In einer aufgerauten Gesellschaft müssen wir zeigen, dass es Orte gibt, an denen wir mit unterschiedlichen Perspektiven zusammenkommen und gemeinsam das Beste für alle wollen. Das funktioniert viel besser, als manche es für möglich halten und macht einmal mehr deutlich: die Humanität hat in unserem Land die Mehrheit“, so Bischöfin Fehrs.

aus: Pressestelle der EKD vom 05.10.2024

Kameras und Verbote zur Abschreckung

24 neue Kameras filmen seit Mitte August das Geschehen auf dem Hachmann- und Heidi-Kabel-Platz vor dem Hamburger Hauptbahnhof. Er erhoffe sich einen abschreckenden Effekt auf „potenzielle Störer und Straftäter“, sagte Polizeipräsident Falk Schnabel. Das Alkoholkonsumverbot und die sogenannten Quattro-Streifen - bestehend aus Polizist:innen sowie Sicherheitskräften der Bahn und der Hochbahn - würden diese Wirkung bereits erzielen, erklärte Innensenator Andy Grote (SPD). Derweil verlagert sich die sogenannte Trinkerszene offenbar zum Hansaplatz und in die umliegenden Straßen. Gudrun Greb, Chefin der Beratungsstelle Ragazza ,sagt: „Die Menschen versuchen an Orte auszuweichen, an denen sie nicht permanent belästigt werden“. ob Verdrängung stattfindet, werde man sich „sorgfältig ansehen“, erklärte dazu der Innensenator auf Nachfrage. Seit Einführung des Alkoholkonsumverbots am 1. April wurden bis Ende Juli 45 Ordnungswidrigkeitenverfahren wegen verbotenen Trinkens eingeleitet. Die Idee eines Trinkraums, wie ihn Grote befürwortet, will die Sozialbehörde in ihre Überlegungen einfließen lassen. Sie entwickelt derzeit Ideen für Hilfsangebote in einem ehemaligen Bürogebäude nahe des Hauptbahnhofs.

aus „Hinz & Kunzt“ vom Sept. 2024

Fahren ohne Fahrschein

Forschende fordern Straffreiheit

Fahren ohne Fahrschein soll künftig straffrei sein; Das fordern 128 Wissenschaftler:innen in einem offenen Brief an Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP). Bislang werden Menschen ohne Ticket strafrechtlich verfolgt und schließlich oft mit einer Geldstrafe belegt. Häufig trifft es arme Menschen, die weder Fahrscheine noch Strafen bezahlen können. sie müssen daher Ersatzfreiheitsstrafen verbüßen-.Buschmann will das Fahren ohne Fahrschein künftig nicht mehr als Straftat, sondern als Ordnungswidrigkeit ahnden. Ein entsprechender Referentenentwurf werde „zeitnah“ veröffentlicht, so eine Ministeriumssprecherin. Statt Geldstrafen würden Betroffenen dann Bußgelder drohen, und wenn sie diese nicht bezahlen können, Erziehungshaft. Der Hamburger Verkehrsverbund lehnt eine Entkriminalisierung ab - das wäre ein falsches Signal und würde das Fahren ohne Ticket bagatellisieren aus „Hinz & Kunzt“ vom Sept. 2024

Zahl der Zwangsräumungen steigt

Die Zahl der Menschen, die in Hamburg ihre Wohnung verlieren, steigt an. Das teilte der Senat auf CDU-Anfrage mit. 621 Zwangsräumungen haben die Amtsgerichte für das erste Halbjahr 2024 gemeldet. Hält der Trend an, könnten Ende des Jahres bis zu 1250 Wohnungsverluste zu Buche schlagen. Im Vorjahr hatten die Amtsgerichte 1002 Zwangsräumungen gezählt. 1651 Räumungsklagen gingen im ersten Halbjahr neu bei den Amtsgerichten ein, so der Senat weiter. In 954 Fällen konnten die Ämter in den ersten vier Monaten des Jahres eine Zwangsräumung verhindern, auch hier gibt es keine aktuellere Zahl. Die CDU macht die Überlastung der Fachstellen für die steigende Zahl der Räumungen verantwortlich aus „Hinz & Kunzt“ vom Sept. 2024

Buchbesprechung

Armut hat System

Wir brauchen eine soziale Zeitenwende

von Sirkka Jendis

(Geschäftsführerin der Tafeln Deutschlands)

Das Buch hat 256 Seiten, kostet 21,00 € und ist im Droemer-Verlag erschienen.

Seit 2022 kommen die gemeinnützig organisierten Tafeln in Deutschland an ihre Kapazitätsgrenzen. Ungefähr 14 Millionen Menschen sind in Deutschland von Armut bedroht oder betroffen. Über diese Zahl wird nur wenig gesprochen. Seit über 20 Jahren steigt die Armutsgefährdung in unserem Land ständig an. Armut ist so komplex und vielfältig in ihren Ursachen und Auswirkungen, dass es mit einer kleinen Reform hier oder einer Anpassung dort nicht getan ist. Warum wird das Problem nicht ernster genommen? Armut ist ein normatives Problem. Das verbreitet neoliberale Denken würde das Problem der Armut individualisieren, Armut

damit verharmlosen und verdrängen. Wir stellen das Leistungsprinzip eindeutig über die Verteilungsgerechtigkeit und vernachlässigen dabei, wie die ungerechten Startchancen zustande kommen. Wir haben das Wettbewerbs- und Konkurrenzdenken bis in jeden Bereich verinnerlicht. Viele würden den Gedanken an Armut beiseiteschieben, weil sie auf den Aufstieg hoffen und den Abstieg fürchten. Jendis plädiert für ein soziales Denken, das die Ursachen der Armut ernst nimmt. Zu ihnen zählt sie prekäre Minijobs, schlecht bezahlte Arbeit, Mängel im Bildungssystem und die Privatisierung der Rentenversicherung, die Altersarmut verstärken. Populistische Vorurteile und Klischees verschleiern die Ursachen der Armut. Asylanten seien weniger die Verursacher der Armut als ihre Opfer. Das Sozialsystem untergrabe nicht die Motivation zur Arbeit. Die Behauptung, wer nur Sozialleistungen beziehe, bekomme mehr als ein Geringverdiener, ist schlicht falsch, Die menschlichen Folgen der Armut seien Scham und das Gefühl der Ausgrenzung und Einsamkeit. Arme sind aus finanziellen Gründen am kulturellen und sozialen Leben eingeschränkt. Einzelne Tafeln bieten darum auch Angebote für Bildung und Kommunikation. Jendis warnt vor einer Spaltung der Gesellschaft, die Rechtspopulisten in die Hände spiele und die Demokratie gefährde. Nährboden sei die wachsende Ungleichheit in der Gesellschaft. Während Arme nahezu alle ihre Einkünfte im Detail nachweisen müssen, ist es Reichen möglich, ihr Vermögen zu verschleiern, zu verstecken und zu verschieben. Es ist eine regelrechte Steuervermeidungsindustrie entstanden, die nichts anderes tut, als Steuerschlupflöcher aufzuspüren und für ihre Auftraggeber zu nutzen. Um dem Armutsproblem beizukommen, spricht sich Jendis für eine Vermögenssteuer aus, für bessere Löhne, für ein Mindesteinkommen, für bessere Bildungschancen, die Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung, für ein Grunderbe an junge Erwachsene von 20.000 Euro. Das Thema Armut ist konfliktbehaftet und ruft Streit hervor, doch es gilt, ihn human und konstruktiv zuzutragen.

Siegfried Heidler

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Beiträge und Anregungen bitte an

**Klaus Herrmann,
E-Mail: kla52mann@gmail.com**

**Unsere nächsten Treffen:
20.01., 10.02., 10.03.2025
von 16.30 bis 18.30 Uhr
im Rauhen Haus, Haus Weinberg**

Wir warten aber auf einen neuen Himmel und eine neue Erde nach seiner Verheißung, in denen Gerechtigkeit wohnt.

(Monatsspruch für November 2024 aus 2. Petr. 3,13)

Herausgeber: DAGS

Redaktion und verantwortlich i.S.d.P.:
Siegfried Heidler, Hamburg
Klaus-Rainer Martin, Klein Wesenberg
Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe:
30. November 2024